## Sand im Getriebe 151 Ergänzende Artikel und Hinweise

#### SiG 151 "Langstreckenrennen" ist am 29. Juni 2023 erschienen:

https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-151-langstreckenrennen

Zur Vertiefung und Aktualisierung einiger Themen in SiG 151 veröffentlichen wir weitere Beiträge.

Die SiG-Redaktion, 29. Juli 2023

### **Inhaltsverzeichnis**

NATO-Gipfel	Frieden	2
Bernhard Trautvetter Gegen die nukleare Bedrohung gemeinsam vorgehen	NATO-Gipfel	2
Bernhard Trautvetter Gegen die nukleare Bedrohung gemeinsam vorgehen	Hiroshima- / Nagasaki-Gedenktage am 6. und 9. August	2
Heinz Bierbaum und Michael Brie: Die Linke und der interimperiale Krieg		
Keine Streumunition für die Ukraine!		
Deutschland ist faktisch Kriegspartei	Keine Streumunition für die Ukraine!	4
Deutschland ist faktisch Kriegspartei	Zeitung gegen den Krieg Nr. 54 zum Antikriegstag 2023	7
Flyer zur Friedensmahnwache in Kassel	Deutschland ist faktisch Kriegspartei	8
Falsche Fernseh-Schlagzeilen zum aufgekündigten Getreide-Deal	acTVism Munich Max Blumenthal vor dem UN-Sicherheitsrat zur Ukraine-Hilfe	8
Informationsstelle Militarisierung (IMI) Aufbruch in einen militärisch-universitären Komplex?9 Informationsstelle Militarisierung und Naturfreunde: Factsheet: Klima und Militär	Flyer zur Friedensmahnwache in Kassel	8
Informationsstelle Militarisierung und Naturfreunde: Factsheet: Klima und Militär	Falsche Fernseh-Schlagzeilen zum aufgekündigten Getreide-Deal	8
Attac Bundesarbeitsgruppe Globalisierung und Krieg, Newsletter Nr 4 2023	Informationsstelle Militarisierung (IMI) Aufbruch in einen militärisch-universitären Ko	omplex?9
Handels- und Investitionsverträge10Konferenz am 17. Juli 2023 in Brüssel10Der "Gipfel der Völker" parallel zum Celac-EU-Gipfel in Brüssel10EU verfehlt auf dem Gipfel mit den Celac-Ländern das Thema10German Foreign Policy: Das Brics-Bündnis als Alternative10Powershift11https://stopeumercosur.org/: Weitere Links11Palästina12BIP-Aktuell #268: Jenin: Drohungen und Versprechungen12Zu einem demokratischen Stil zurückkehren12Grundrechte13Assange13KI und Demokratie – Fünf Erkenntnisse vom Digital Democracy Summit13Die US-Rechte verbannt immer mehr Bücher aus Schulen14IALANA: Vorstellung des Buches "20 Jahre Whistleblower-Preis. Was wurde aus den Preisträger:innen und ihren Enthüllungen?"15	Informationsstelle Militarisierung und Naturfreunde: Factsheet: Klima und Militär	9
Konferenz am 17. Juli 2023 in Brüssel	Attac Bundesarbeitsgruppe Globalisierung und Krieg, Newsletter Nr 4 2023	9
Konferenz am 17. Juli 2023 in Brüssel	Handels- und Investitionsverträge	10
EU verfehlt auf dem Gipfel mit den Celac-Ländern das Thema		
EU verfehlt auf dem Gipfel mit den Celac-Ländern das Thema	Der "Gipfel der Völker" parallel zum Celac-EU-Gipfel in Brüssel	10
German Foreign Policy: Das Brics-Bündnis als Alternative		
https://stopeumercosur.org/: Weitere Links		
Palästina	Powershift	11
Palästina	https://stopeumercosur.org/ : Weitere Links	11
BIP-Aktuell #268: Jenin: Drohungen und Versprechungen		
Zu einem demokratischen Stil zurückkehren		
Assange		
Assange	Grundrechte	13
KI und Demokratie – Fünf Erkenntnisse vom Digital Democracy Summit		
Die US-Rechte verbannt immer mehr Bücher aus Schulen		
IALANA: Vorstellung des Buches "20 Jahre Whistleblower-Preis. Was wurde aus den Preisträger:innen und ihren Enthüllungen?"		
Preisträger:innen und ihren Enthüllungen?"15		
	Preisträger:innen und ihren Enthüllungen?"	15
	Europa	
Asylrecht	<b>≛</b>	
Frankreich	V	
Internationaler Aufruf: "We are water defending itself!"		
	<del>_</del>	
Winfried Wolf		
Die global E - Filmfestival in Leinzig 3. August 2023 – 31. Oktober 2023		

## Frieden

## **NATO-Gipfel**

#### IMI-Standpunkt 2023/027: NATO-Gipfel in Vilnius

[...] Wortlaut der <u>Abschlusserklärung</u>, dem alle Mitgliedsstaaten zugestimmt haben [...]: "wir verpflichten uns dazu, jährlich mindestens 2 Prozent des BIP für die Verteidigung auszugeben", dies sei erforderlich, um "die neuen NATO-Verteidigungspläne und das Streitkräftemodell mit Ressourcen auszustatten." (Ziffer 27) Zwar wird kein konkretes Jahr genannt, vermutlich soll die neue Regelung aber wohl bereits 2024 gelten – womöglich mit gewissen Übergangsfristen für Länder, die besonders drastische Erhöhungen schultern müssen. Jedenfalls ist relativ klar, dass es sich hier nun um eine verbindliche Untergrenze handeln soll: "[...] Für manche Länder wird das zu erheblichen Mehrausgaben für das Militär führen." (<u>Süddeutsche Zeitung</u>, 11.07.2023)

Dabei ist es wichtig, sich immer wieder vor Augen zu führen, wie verharmlosend 2 % des BIP angesichts der Dimensionen klingen, um die es hier tatsächlich geht. Tatsächlich redet man hier im deutschen Fall von Militärausgaben in Höhe von rund 20 % des gesamten Haushaltes (siehe <a href="IMI-Standpunkt">IMI-Standpunkt</a> 2023/025). [...]

In Deutschland werden kommendes Jahr wohl erstmals die 2 % des BIP erreicht – allerdings nur durch die Entnahme von 19,2 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen. Wenn dieser Schuldentopf spätestens 2026 aufgebraucht ist, wird auch hierzulande das NATO-Ausgabenziel nur durch eine massive Kürzung des Sozialhaushaltes erreichbar sein (siehe <u>IMI-Standpunkt</u> 2023/025).

Kein Wunder fordern interessierte Kreise hierzulande bereits jetzt, Vorbereitungen auf die anstehenden Debatten zu treffen. Im führenden deutschen Militärmagazin hieß es schon vor dem NATO-Gipfel, man stehe vor der Wahl, "entweder die Kürzung sozialer Leistungen oder das Scheitern der Zeitenwende für die Bundeswehr." (Europäische Sicherheit & Technik, 4.7.2023) [...]

## Hiroshima- / Nagasaki-Gedenktage am 6. und 9. August

Vor 78 Jahren wurde am 6. August 1945 die japanische Stadt Hiroshima Ziel des ersten Atombombenabwurfs. Drei Tage später, am 9. August, wurde auch die Stadt Nagasaki getroffen. Etwa 92.000 Menschen starben sofort, 130.000 weitere Menschen starben bis zum Jahresende an den Folgeschäden. Zum Gedenken an die Opfer und als Mahnung finden landes- und weltweit Veranstaltungen statt.

Übersichtsseite der Friedenskooperative: <a href="https://www.friedenskooperative.de/hiroshimatag2023">https://www.friedenskooperative.de/hiroshimatag2023</a>

#### Hinweise der SiG-Redaktion:

- 1. **ICAN- Publikation:** Eine neue Atomwaffe: Die B61-12 kommt nach Europa Dieses kurze Hintergrundpapier informiert über die moderne B61-12-Bombe und ihre Bedeutung für die nukleare Teilhabe. <a href="https://www.icanw.de/publikationen/hintergrund/">https://www.icanw.de/publikationen/hintergrund/</a>
  Darüber hinausgehende Informationen finden Sie <a href="https://www.icanw.de/publikationen/hintergrund/">hintergrund/</a>
- 2. Kampagne www.atomwaffenfrei.de
- 3. https://www.ialana.de/arbeitsfelder/abc-waffen
- 4. https://www.ippnw.de/atomwaffen.html

## Bernhard Trautvetter Gegen die nukleare Bedrohung gemeinsam vorgehen

[...] Im Sommer 2022 <u>warnte UN-Generalsekretär Guterres</u> in der Sitzung zur Überprüfung des von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien am 1. Juli 1968 unterzeichneten Atomwaffensperrvertrages: "Die Menschheit ist nur ein Missverständnis, eine Fehlkalkulation von ihrer nuklearen Auslöschung entfernt." [...]Hier geht es darum, über die doppelten Standards und selektiven Methoden der Strategischen Kommunikation der NATO-Lobby zu informieren. Und darüber, dass die Politik der Eskalation der Spannungen auf beiden Seiten neben dem menschlichen Leid auch eine ökologische und soziale Katastrophe, die die Menschheit weiter um Möglichkeiten bringt, die Zukunftsgefährdungen abzuwenden, im Gegenteil heizt diese Politik die ökologische Katastrophe in einer Zeit weiter an, in der das Gegenteil ein Gebot der Überlebenserfordernisse der Zivilisation ist.

Schlimmer noch: Diese Propaganda und Politik blendet aus, dass die USA längst schon in die Richtung eines Krieges mit der dritten Atommacht auf der Erde – China – arbeitet, wie das Dokument des US-Kongresses zur "Renewed Great Power Competition", zuletzt im Mai 2013 aktualisiert, zeigt. […] <a href="https://www.nachdenkseiten.de/?p=101808">https://www.nachdenkseiten.de/?p=101808</a>

## Heinz Bierbaum und Michael Brie: Die Linke und der interimperiale Krieg

Wie ist der Ukraine-Krieg einzuschätzen und was folgt daraus für linke Politik und Forderungen? Ein Gastbeitrag von Heinz Bierbaum und Michael Brie

[...] Mittlerweile ist unübersehbar: Der Krieg in der Ukraine ist ein Krieg zwischen zwei Imperien – dem von der USA geführten Westen und Russland. Es ist ein interimperialer Krieg auf dem Boden der Ukraine, verwandelt in ein Schlachthaus der Soldaten beider Seiten. [...]

Die Linke muss im Anschluss an Rosa Luxemburg Kriege immer von einem Klassenstandpunkt aus betrachten: Wem nützt er? Die arbeitenden Klassen sind die Opfer. Ihresgleichen wird auf dem Schlachtfeld gemordet und ihre Lebensbedingungen verschlechtern sich dramatisch. Es sind nicht die Oligarchen, die den Preis bezahlen, sondern die Masse der Bevölkerung – in der Ukraine, in Russland und weit darüber hinaus. [...]

Die Lieferung immer mehr und schwerer Waffen stellt eine bedrohliche und möglicherweise nicht mehr beherrschbare Eskalation dieses imperialistischen Krieges dar. Die Losung linker Politik kann nur heißen: Sofort die Waffen nieder! Der erste Schritt muss ein unverzüglicher Waffenstillstand ohne jede weitere Vorbedingung sein. Es geht um einen Waffenstillstand, der durch die UNO und neutrale Staaten kontrolliert wird. Im zweiten Schritt müssen Verhandlungen geführt werden, um nach einem Ausgleich der Interessen *aller* kriegsführenden und am Krieg beteiligten Staaten zu suchen, wobei an die bisherigen Abkommen wie z.B. zum Getreideabkommen angeknüpft werden kann. Zu unterstützen sind die diplomatischen Initiativen, wie sie jüngst von den afrikanischen Staaten., aber zuvor schon von Brasilien und auch China unternommen worden sind. Die Vorstellung, dass dies zu einem Zustand wie vor dem Krieg führen kann, sind unrealistisch. Drittens braucht es der Arbeit an einem übergreifenden System gemeinsamer Sicherheit unter Einschluss Russlands. [...]

Allerdings hat die Linke Europas es bislang versäumt, ihre Forderung nach einem alternativen kollektiven Sicherheitskonzept für Europa substantiell auszuarbeiten. Die Forderung nach einer strategische Autonomie Europas muss von links besetzt werden. [...]

Die Linke sollte die Initiative ergreifen, eine europaweite Debatte über ein Konzept kollektiver Sicherheit für Europa und die an Europa angrenzenden Regionen zu führen. Der Europawahlkampf ist eine ausgezeichnete Möglichkeit dafür. [...]

https://die-zukunft.eu/die-linke-und-der-interimperiale-krieg/

## Keine Streumunition für die Ukraine!

#### 1. Presseinformation der "Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!"

Berlin, 11. Juli 2023

Keine Streumunition für Ukraine!

#### Bundesregierung muss sich gegen Lieferung und Einsatz aussprechen!

"Die Pläne der USA, international geächtete Streumunition an die Ukraine zu liefern sowie der beabsichtigte Einsatz durch die ukrainische Armee, müssen von der Bundesregierung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden. Die USA und die Ukraine sowie Russland sind dem Übereinkommen über Streumunition (CCM) zwar nicht beigetreten, aber das humanitäre Völkerrecht verbietet Waffen, die unterschiedslos Kämpfer als auch Zivilist:innen treffen. Außerdem werden die Blindgänger praktisch zu Landminen, die noch Jahre und Jahrzehnte später zu Verstümmelungen oder dem Tod vollkommen Unbeteiligter führen können. Da Deutschland jedoch Vertragsstaat ist, müssen künftige Waffenlieferungen im Rahmen von Artikel 51 der UN-Charta für die Ukraine daraufhin überprüft werden, ob mit diesen die dann gelieferte Streumunition eingesetzt werden kann. Denn Deutschland darf als Unterzeichner der sogenannten "Oslo-Konvention" den Einsatz von Streumunition nicht unterstützen. Dazu zählt auch die Lieferung von geeigneten Abschussvorrichtungen oder Trägersystemen, wie z B. Panzerhaubitzen", sagt Susanne Weipert, Koordinatorin "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!".

"Es muss sogar bezweifelt werden, dass die Ukraine diese Munition ausschließlich gegen russische Truppen und in nicht bewohnten Gebieten einsetzt. Denn laut einem <u>UN-Bericht</u> haben sowohl die Ukraine als auch Russland im vergangenen Jahr Streumunition in von Zivilist:innen bewohnten Gebieten eingesetzt. Das humanitäre Völkerrecht gilt auch für die Ukraine. Verbrechen Russlands entbinden die Ukraine nicht von ihren internationalen Verpflichtungen.", so Jürgen Grässlin, Sprecher der "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" und Bundessprecher der DFG-VK und ergänzt: "Dieser Krieg zeigt einmal mehr, dass es keine guten oder gerechten Kriege gibt, denn die Leidtragenden sind immer unschuldige Zivilist:innen sowie Soldaten, denen das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung verwehrt wird – wohlgemerkt auf beiden Seiten. Die Bundesregierung muss sich dafür starkmachen, dass sowohl Russland als auch die Ukraine und die USA dem Übereinkommen über Streumunition (CCM) beitreten". [...]

**Trägerorganisationen der Kampagne:** Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V. (AGDF) • aktion hoffnung Rottenburg-Stuttgart e. V. • Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR • Brot für die Welt – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung • Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) • Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) • Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e. V. (IPPNW) Deutschland • NaturFreunde Deutschlands • Netzwerk Friedenskooperative • Internationale katholische Friedensbewegung pax christi – Deutsche Sektion • JuristInnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA) Deutsche Sektion • Ohne Rüstung Leben (ORL) • Deutsche Franziskanerprovinz • RüstungsInformationsBüro (RIB e. V.) • terre des hommes – Hilfe für Kinder in Not • Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (WfGA)

Mehr: https://aufschrei-waffenhandel.de/service/pressemitteilungen/2023/11072023-keine-streumunition-fuer-ukraine

#### 2. Presseinformation des Bundesausschusses Friedensratschlag, 10. Juli 2023

#### Streubomben im Ukraine-Krieg

[...] Die Lieferung von völkerrechtlich geächteter Streumunition an die Ukraine und dessen Rechtfertigung durch Bundespräsident Steinmeier stellt einen weiteren Tiefpunkt von Doppelmoral und Doppelzüngigkeit der deutschen Politik dar. Es ist grotesk, einerseits an der bisherigen Position der Bundesregierung zur Ablehnung der Streumunition festzuhalten, aber gleichzeitig eine totale Unterwürfigkeit gegenüber den USA zu zeigen, mit den Worten, dass "Deutschland in der gegenwärtigen Situation den USA nicht in den Arm fallen" könne.

Streumunition stellt nicht nur eine Eskalation von kriegerischem Terror gegen die Zivilbevölkerung dar, sondern wird in der Ukraine zur großflächigen Verseuchung von dort besonders wertvollem Ackerland führen, das auch für die globale Ernährungssicherheit relevant ist.

Damit wird eine Reihe von Rechtfertigungen für Kriegsverbrechen eskaliert, die bereits seit längerem signifikant sind. Erst in der jüngsten Zeit wurde völlig verharmlost, welche Konsequenzen die Lieferung von Uranmunition durch Nato-Staaten an die Ukraine beim direkten Einsatz im Kriegsgebiet hat. Nachweislich wurde aber im Mai ein großes Munitionsdepot im Westen der Ukraine durch eine russische Rakete zerstört, bei der große Mengen Radioaktivität freigesetzt wurden.

Es ist beängstigend, dass mittlerweile auch Forderungen laut werden, die Ukraine nuklear zu bewaffnen, womit ein globaler Atomkrieg kaum noch zu verhindern wäre.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag ruft deshalb dazu auf, den am 6. August anstehenden Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima zum Appell gegen alle völkerrechtlich geächteten zivilen Massenvernichtungswaffen einzusetzen.

### 3. Gewerkschaftslinke Berlin: Eine rote Linie nach der anderen kippt!

Aus dem Aufruf zur Mahnwache gegen US-Streubomben an die Ukraine am 20. Juli in Berlin

I...] Am 7. Juli gab Präsident Joe Biden nach wochenlangen Spekulationen seine Entscheidung bekannt: Die USA werden der Ukraine die gewünschte Streumunition liefern. In einem Interview mit dem Fernsehsender CNN sagte Biden, der Beschluss sei mit den Bündnispartnern abgestimmt. Der US-Präsident nannte offen den Grund für seine Entscheidung: »Der Ukraine geht die Munition aus«! Diese harmlos klingende Aussage verrät einiges. Zum einen war wohl die Intensität der westlich unterstützten Kriegsführung in der Ukraine so hoch, dass dadurch die gesamten westlichen Munitionsreserven aufgezehrt wurden. Zum andern ist zu befürchten, dass Streubomben als Ersatz für herkömmliche Munition besonders massiv und flächendeckend eingesetzt werden. Die Verminung ganzer Landstriche nicht zuletzt durch die russischen Truppen ist schon extrem schlimm. Mit dem breiten Einsatz von Streubomben, die wegen ihrer verheerenden Wirkung auf die zivilen Strukturen nahe der Schwelle taktischer Atomwaffen eingestuft und geächtet werden, ist es der Westen, der eine neue Stufe der brutaler Kriegseskalation lostritt.

123 Staaten der Welt haben den Einsatz von Streubomben in einem internationalen Vertrag ausgeschlossen und ihre Produktion, aber auch die Weitergabe und Duldung verboten und sich verpflichtet, gegen den Einsatz dieser Waffen vorzugehen. Deutschland hat federführend mit dem heutigen Bundespräsidenten Steinmeier als Außenminister diesen Verbotsvertrag ausgehandelt. Die aktuellen Reaktionen aus Berlin zur Ankündigung der USA sind aber nun, sehr moderat ausgedrückt, kleinlaut und opportunistisch. Die USA, die Ukraine und Russland fallen nicht unter die Vertragsbindung. Aber sogar Bidens Sicherheitsberater Jake Sullivan gab auf der Pressekonferenz im Weißen Haus zu, man wisse, dass von Streumunition ein Risiko ausgehe, dass Zivilist: innen zu Schaden kommen könnten.

Irmgard Schuster kommentiert die Haltung der Bundesregierung so: "Deutschland schweigt zu Lieferungen von geächteter Streumunition von den USA an die Ukraine. Offenbar gut vorbereitet, denn die Munition liegt bereits in Europa, eingeflogen über die Air Base Ramstein? Was nutzt eine Unterschrift, Streumunition nicht zu nutzen, wenn man unkommentiert zulässt, dass unser wichtigster Verbündeter USA und der Staat, den wir mit Millionen und Waffen unterstützen, sie im Krieg einsetzt?"

## Wer Streubomben in einem Land einsetzt, dem ist das Wohl der dort lebenden Bevölkerung maximal gleichgültig!

Was ist eigentlich Streumunition? Man nimmt eine handelsübliche 500-Kilo-Bombe, packt dort 145 kleine Bomben hinein. Im Flug platzt die Bombe auf und verteilt sich auf eine Fläche von 150 x 60 Metern (Daten zur britischen Bombe BL755). Da lebt dann nichts mehr. Ein Teppich von 1-Kilo-Bomben vernichtet alles in einem noch größeren Umkreis – da sind erhebliche zivile Verluste unvermeidlich. Inzwischen haben die USA heute viel effektivere und wirkungsvollere Streubomben. Die konventionelle Tötungsmaschinerie wurde perfektioniert. "Eine einzige Clusterbombe deckt einen Bereich von minimal 120.000 m2 und maximal 240.000 m2 ab! Das ist ein Geländebereich von 240 m Breite mal 1000 m Länge! Ich bin mir nicht sicher, ob die Fantasie der meisten hier ausreicht, sich diesen Todesregen vorzustellen!" (Cornelia Warnke, 12. Juli 2023)

Blindgänger gibt es ebenfalls in Massen. Nach vorliegenden Erfahrungen bis zu 30 Prozent. Diese "Blindgänger" bleiben noch jahrzehntelang gefährlich. Nicht explodierte Sprengkörper aus Streubomben, die die USA vor Jahrzehnten in Vietnam, Laos und Kambodscha und später im Irakkrieg und in Serbien gemeinsam mit der Nato eingesetzt hatten, fordern nach wie vor jährlich Hunderte Todes- und Verstümmelungsopfer unter der Zivilbevölkerung der betroffenen Länder. Humanitäre Hilfsorganisationen rechnen mit bis zu weiteren 50 Jahren bis zur vollständigen Räumung dieser Munition. Darum sind diese konventionellen Massenvernichtungswaffen geächtet, weil die Gefahren und Grausamkeiten für die Zivilbevölkerung maximal sind.

#### Kriegsverbrechen auf allen Seiten des Militarismus und Kriegsgeschehens!

Die Eskalation von Grausamkeiten, Kriegs- und Menschenrechtsverletzungen wird von **allen** Kriegsparteien auf die Spitze getrieben und auf den Schlachtfeldern der Ukraine ausgetragen. Die Streubomben der USA werden aus der Ukraine für Jahrzehnte ein verseuchtes Land machen! Alle Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass die USA nicht vor einem **massenhaften** Einsatz solcher Waffen zurückscheuen [2] [3]. Die Verletzungen der sich in die Knochen von Menschen bohrenden Splitter und Nägel sind barbarisch. Es ist zynisch, hier noch von Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung zu sprechen. Es ist eine verlogene Moral: "Streubomben aus den USA sind gut und nützlich. Streubomben aus Russland böse und ein Verbrechen." Die Kriegspropaganda eines großen Teils der Presse läuft auf Hochtouren. Schon letztes Jahr haben wir zur Debatte "Gute Drohnen – Schlechte Drohnen" geschrieben: "Die von Drohnen zerfetzten Leiber von Menschen sind entsetzlich – **gleichermaßen** ob von Russland oder den USA eingesetzt. Nur haben die USA diese Art des Killings weltweit erst hoffähig gemacht." Was kommt als Nächstes? In der Diskussion sind bereits kontaminierte Uranmunition und Napalm. [...]

Seien wir solidarisch mit den Menschen in der Ukraine! Verteidigen wir Menschenrecht! Kommt am 20. Juli 17:30 Uhr in Berlin, Pariser Platz, Brandenburger Tor zur Mahnwache! Gegen die Kriegseskalationsspirale mit Streubomben! Gegen den totalen Krieg! Weltweites Verbot von Streubomben!

- ↑2 Vietnam Folgen der US Kriegsverbrechen! Auch nach 47 Jahren Leiden ohne Ende
- ↑3 Hanoi vor 50 Jahren im Bombenhagel. Tödliche Weihnachtsgrüße aus den USA!

https://gewerkschaftliche-linke-berlin.de/mahnwache-gegen-us-streumunition/

# 4. Deutschland hat das Streumunitions-Übereinkommen ratifiziert ... verletzt es aber:

#### Osloer Anti-Streubomben-Konvention

 $\underline{https://www.auswaertiges-amt.de/blob/204778/b0c132557a6c64ca67116f638d3be4a2/081203-abkommenstreumunition-data.pdf}$ 

#### Artikel 1: Allgemeine Verpflichtungen und Anwendungsbereich

- (1) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, unter keinen Umständen jemals
- a) Streumunition einzusetzen,
- b) Streumunition zu entwickeln, herzustellen, auf andere Weise zu erwerben, zu lagern, zurückzubehalten oder an irgendjemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben,
- c) irgendjemanden zu unterstützen, zu ermutigen oder zu veranlassen,

Tätigkeiten vorzunehmen, die einem Vertragsstaat aufgrund dieses Übereinkommens verboten sind.

#### Aus dem Auswärtigen Amt vor 2 Jahren, 15.07.2021:

"Das Übereinkommen über Streumunition ("Oslo-Übereinkommen") ist ein völkerrechtlicher Vertrag zum Verbot des Einsatzes, der Entwicklung, der Herstellung, des Erwerbs, der Lagerung, der Zurückbehaltung und der Weitergabe von Streumunition. Er ist seit 1. August 2010 in Kraft." "Gefährlich ist Streumunition vor allem deshalb, da ein erheblicher Prozentsatz der Submunitionen nicht detoniert, sondern als Blindgänger vor Ort verbleibt und die Bevölkerung gefährdet. Submunitionen sind sensibel, sehr zahlreich und wegen ihrer geringen Größe schwer auffindbar. Zudem werden sie oft mit Spielzeug oder anderen Gegenständen verwechselt. Dadurch bringt Streumunition besonders die Zivilbevölkerung in Gefahr, nicht nur während des Einsatzes, sondern noch lange nach Beendigung eines militärischen Konflikts."

https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/sicherheitspolitik/abruestung-ruestungskontrolle/uebersicht-konvalles-node/streumunition-node

## Da Deutschland die Osloer Anti-Streubomben-Konvention unterschrieben hat, darf es auch beim Einsatz von Streubomben nicht behilflich sein.

Was sagt aber *jetzt* unsere Regierung?

"Wir sind uns sicher, dass sich unsere US-Freunde die Entscheidung über eine Lieferung entsprechender Munition nicht leicht gemacht haben."

(so Regierungssprecher Steffen Hebestreit: <a href="www.welt.de/politik/deutschland/article246272478/US-Plaene-Bundesregierung-signalisiert-Verstaendnis-fuer-Streumunition-Lieferung.html">www.welt.de/politik/deutschland/article246272478/US-Plaene-Bundesregierung-signalisiert-Verstaendnis-fuer-Streumunition-Lieferung.html</a> )

Frank-Walter Steinmeier: "Die Bundesregierung kann in der gegenwärtigen Situation den USA nicht in den Arm fallen."

www.zdf.de/nachrichten/politik/zdf-sommerinterview-steinmeier-streubomben-ukraine-100.html

(SiG-Redaktion nach Zuschriften, 18.7.2023)

## Zeitung gegen den Krieg Nr. 54 zum Antikriegstag 2023

https://zeitung-gegen-den-krieg.de/ Themen:

Ukraine-Krieg: Einführung Waffenstillstand und Verhandlungen / Globaler Süden: Friedenspläne für die Ukraine / Gewerkschaften: Historisches und aktuelles Ringen für den Frieden Bundeshaushalt: massiv steigende Militärausgaben / Atomuhr: 90 Sekunden vor 12 / Fluchtbewegungen: "Asylkompromiss" für Abschottung der EU / UNO-Charta: Historische und aktuelle Bedeutung

## Deutschland ist faktisch Kriegspartei

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages gehen mit Blick auf die massive militärische Unterstützung der Ukraine durch den Westen der Frage nach, wann ein Staat zur Konfliktpartei wird. Nimmt man die Kriterien der WD ernst, ist Deutschland mit den NATO-Verbündeten angesichts der massiven Waffenlieferungen sowie den militärischen Ausbildungsprogrammen zur Verbesserung der Schlagkraft der ukrainischen Armee und kontinuierlichen nachrichtendienstlichen Informationen für die Kriegsführung Kiews inzwischen Kriegspartei, schlussfolgert **Sevim Dagdelen**, die die Untersuchung beauftragt hat.

https://www.nachdenkseiten.de/?p=100789#more-100789

# acTVism Munich Max Blumenthal vor dem UN-Sicherheitsrat zur Ukraine-Hilfe

Max Blumenthal von The Grayzone spricht vor dem UN-Sicherheitsrat über die Rolle der US-Militärhilfe für die Ukraine bei der Eskalation des Konflikts mit Russland und die wahren Motive hinter Washingtons Unterstützung für Kiews Stellvertreterkrieg. Dieses Video wurde von The Grayzone produziert und am 26. Juni 2023 auf deren YouTube-Kanal veröffentlicht. Wir haben es ins Deutsche übersetzt und veröffentlichen es heute erneut, um zur Meinungsbildung zu diesem Thema in Deutschland und weltweit beizutragen. <a href="https://www.youtube.com/watch?v=hXPlgEcxoy0">https://www.youtube.com/watch?v=hXPlgEcxoy0</a>

## Flyer zur Friedensmahnwache in Kassel

"Stellungsgewinne" im Ukraine-Krieg Wie viele Tote, wie viel Hunger, Leid und Elend noch?

https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user\_upload/Gruppen/Kassel/2023 Flyer Friedensmahnwache Juni.pdf

## Falsche Fernseh-Schlagzeilen zum aufgekündigten Getreide-Deal

<u>Helmut Scheben</u> / Oft gaukeln Schlagzeilen etwas vor, was in der Nachricht korrigiert wird. Ein Beispiel lieferten ARD, ZDF und die «ZEIT».

Die Schlagzeilen der ARD-Tagesschau und der «ZEIT-online» waren am 23. Juli identisch: "China drängt Russland zu neuem Getreidedeal".

Die Schlagzeile des ZDF lautete: "Getreidedeal: China drängt Russland zu Lösung" Berichtet wurde, dass der stellvertretende UN-Botschafter Chinas, Geng Shuang, im UN-Sicherheitsrat den Ausstieg Russlands aus dem Deal verurteilt habe. Laut ARD sei «Russland von seinem Verbündeten China unter Druck gesetzt worden, eine weltweite Nahrungsmittelkrise abzuwenden.» Auch laut ZDF «ist Russland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen von seinem Verbündeten China [...] unter Druck gesetzt worden, eine weltweite Nahrungsmittelkrise abzuwenden».

Diese und andere Schlagzeilen erweckten den Eindruck, China vollziehe eine Kehrtwende und sei im Begriff, sich von Putin zu distanzieren. [...] Tatsächlich verbreitete die AP folgende Schlagzeile: «Russia came under pressure (...) from its ally China».

Viele Menschen lesen nur die Schlagzeilen, die dann häufig meinungsbildend sind. Doch die zitierten Überschriften behaupteten etwas anderes, als die nachfolgenden Meldungen aussagten.

Nur wer die Meldungen des ZDF, der ARD oder der «ZEIT» bis zum Schluss las, erfuhr mit Erstaunen, dass Geng Shuang etwas anderes sagte, als der Titel nahelegte. Er drängte laut «ZEIT» nämlich darauf, «sicherzustellen, dass sowohl ukrainisches Getreide als auch russische Lebensmittel und Düngemittel auf die Weltmärkte gelangen.» Er hoffe, dass Russland und die Vereinten Nationen zusammenarbeiten würden, um die Exporte wieder aufzunehmen. Im Bericht von ARD-online konnte man dann lesen, «[...] Geng verwies auf die Zusage des UN-Generalsekretärs António Guterres, alles zu tun, um sicherzustellen, dass sowohl ukrainisches Getreide als auch russische Lebensmittel und Düngemittel auf die Weltmärkte gelangen.» Russland macht für die Freigabe ukrainischer Exporte zur Bedingung, dass es selber Getreide und Düngemittel ungehindert exportieren kann. Das sahen die beiden Abkommen von Istanbul vor. Wenn China verlangt, dass auch Russland Weizen und Düngemittel ungehindert exportieren kann, ist dies mit der russischen Position identisch. Deshalb treffen die Schlagzeilen nicht zu, dass China eine Position gegen Russland eingenommen habe.

Der chinesische Fernsehsender CGTN verbreitete die – korrektere – Schlagzeile: «China fordert baldige Wiederaufnahme der Getreide-Exporte von Russland und Ukraine». https://www.infosperber.ch/medien/medienkritik/falsche-fernseh-schlagzeilen-zum-aufgekuendigten-getreide-deal/

## Informationsstelle Militarisierung (IMI) Aufbruch in einen militärisch-universitären Komplex?

#### Chris Hüppmeier und Robin Lenz | Veröffentlicht am: 10. Juli 2023

Das militaristische Zeitenwenden-Programm der Bundesregierung setzt nicht nur materiell ungeahnte Kräfte frei und beschert den deutschen Rüstungsriesen auf lange Sicht Rekordprofite, es wurde darüber hinaus auch als gesamtgesellschaftliche "mentale" oder "geistige" Zeitenwende proklamiert. Wie aktuelle Umfragen zeigen, will sich diese mentale Wende in den Köpfen allerdings noch nicht so recht einstellen. Im Gegensatz dazu scheinen die Eliten in den deutschen Universitäten und in der Wissenschaft ihre Rolle in dieser Zeitenwende bereits angenommen zu haben: Sie formieren sich für eine wissenschaftspolitische Zeitenwende, die sich sämtlicher Schranken zwischen ziviler und militärischer Forschung entledigen will. Damit ordnen sie sich dem neuen Führungsanspruch Deutschlands in der Welt unter, der seit einigen Jahren in den Kreisen der Sicherheitspolitik vorbereitet und immer selbstbewusster erhoben wird. Dieser Führungsanspruch soll nunmehr wissenschaftlich unterfüttert werden. Die damit verbundene Verschränkung wissenschaftlicher Expertise mit nationalen Machtbestrebungen ist keineswegs neu, sondern eine Kontinuität in der Geschichte deutscher Wissenschaft und Universitäten. [...]

# Informationsstelle Militarisierung und Naturfreunde: Factsheet: Klima und Militär

(4 Seiten) https://www.imi-online.de/download/Klima Factsheet 2023 web.pdf

## Attac Bundesarbeitsgruppe Globalisierung und Krieg, Newsletter Nr 4 2023

https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user\_upload/AGs/Globalisierung\_und\_Krieg/Newsletter/ 2023-07-15\_Newsletter\_Nr4\_BAG\_GuK.pdf